

Burundi schmeißt WHO-Experten aus dem Land

dw.com vor 25 Min.

Einen Grund gab das Außenministerium nicht an. Die Ausweisung fällt mitten in den Präsidentschaftswahlkampf in dem ostafrikanischen Land, der trotz der Corona-Pandemie mit Großveranstaltungen fortgesetzt wird.



© Getty Images/AFP/O. Nibigira Temperaturmessung in Burundi: Über den Umgang mit dem Corona-Virus gibt es Streit in dem Land



Die vier Mitglieder des Expertenteams der Weltgesundheitsorganisation (WHO) seien zu "unerwünschten Personen" erklärt worden und müssten das Land bis Freitag verlassen, heißt es in einem Brief des burundischen Außenministeriums an die afrikanische WHO-Vertretung.

In dem Schreiben wird kein Grund für die Ausweisung genannt. Diese erfolgt aber nur wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl in dem Land. Ein burundischer Beamter sagte, der Gesundheitsminister des Landes werfe der WHO "unangemessene Einmischung in den Umgang mit dem Coronavirus" vor.

Mehr von Microsoft News:

Krankschreibungen per Telefon bald nicht mehr möglich (RP ONLINE)

Trump lehnt Gespräch mit Chinas Präsident Xi ab (AFP)

EU-Kommission leitet Verfahren gegen Deutschland ein (RP ONLINE)

Pharmakonzern gewährt USA Vorgriffsrecht beim Impfstoff (WELT)

"Bedauerlicher Schritt"

Vom UN-Menschenrechtsrat beauftragte Ermittler, die in dem Land Verstöße untersuchen, erklärten, sie bedauerten die Ausweisung des WHO-Teams "zutiefst". Auch das Afrikanische Zentrum für Seuchenkontrolle sprach von einem "bedauerlichen" Schritt zu einer Zeit, in der Kooperation zur Eindämmung des Virus auf dem Kontinent nötig sei.



© Getty Images/AFP/T. Nitanga Der burundische Wahlkampf - am 20. Mai wird der Präsident gewählt - kennt keine Abstandsregeln

Das rund elf Millionen Einwohner zählende Land verzeichnete offiziell bislang 27 Corona-Infektionen und ein Todesopfer. Vorkehrungen zur Eindämmung der Pandemie wurden kaum getroffen, auch werden nur wenige Tests vorgenommen. Es wird deshalb befürchtet, dass das wahre Ausmaß der Pandemie in dem Land nicht bekannt ist.



Behörden setzen auf den "Schutz Gottes"

Menschenrechtsgruppen zufolge will die Regierung die für den 20. Mai angesetzten Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen um jeden Preis abhalten. Diejenigen, die eigene Maßnahmen zum Schutz vor dem Virus ergriffen, würden bedroht. Landesweit fanden ungeachtet der Pandemie riesige Wahlkampfveranstaltungen mit zehntausenden Menschen statt. Die burundischen Behörden dagegen verweisen auf den "Schutz Gottes", weshalb das Land von der Pandemie verschont bleibe.

nob/uh (rtr, afp, dpa)